

Dr. Anneliese Poppinga

Vortrag

Wie war Konrad Adenauers Verhältnis zur Teilung Deutschlands? Wie war sein Verhältnis zu Ostdeutschland?

Die Wiedervereinigungspolitik Adenauers war langfristig angelegt. Für die Erreichung des Zieles der Wiedervereinigung Deutschlands kam es nach den Überlegungen Adenauers zunächst darauf an, die Freiheit des westlichen Teiles unseres Landes zu sichern und vor allem Vertrauen bei unseren westlichen Nachbarn zu gewinnen. Schutz vor der Sowjetunion und Handlungsfreiheit waren für Adenauer Voraussetzungen, um sich aktiv für die Wiedervereinigung Deutschlands einzusetzen. Die Politik in Richtung auf eine wirtschaftliche und politische Union Europas – ich nenne als Stichworte den Vertrag zur Gründung der Montanunion (1952) und schließlich die Römischen Verträge zur Schaffung der EWG (Unterzeichnung der Verträge 26.3.1957, Inkrafttreten der Verträge 1.1.1958) – sollte u.a. als Voraussetzung für die Überwindung des jahrhundertealten deutsch-französischen Gegensatzes dienen. Sich gegenseitig besser kennenlernen, die Arbeit für gemeinsame Interessen, das Heranwachsen neuer gemeinsamer Interessen, eine derartige Politik war für Adenauer vor allem auch unverzichtbar zur Erreichung des Zieles einer Wiedervereinigung Deutschlands, und zwar in Frieden und nicht mit Gewalt. Immer wieder unterstrich Adenauer bei diesem Problem die Bedeutung von Rückgewinnung von Vertrauen zu uns Deutschen.

Ein wesentlicher Schritt in Richtung auf die Wiedervereinigung Deutschlands war der am 5. Mai 1955 in Kraft getretene „Deutschlandvertrag“, durch den die Bundesrepublik Deutschland souverän wurde. Dieser Vertrag enthielt die Verpflichtung Frankreichs, Großbritanniens und der USA, sich gemeinsam mit der Bundesrepublik Deutschland auf friedlichem Wege für die Wiedervereinigung unseres Landes in Freiheit einzusetzen. Die Gefahr, dass künftig etwa die vier Siegermächte über die Köpfe der Deutschen hinweg eine friedensvertragliche Regelung treffen könnten, wurde durch den Deutschlandvertrag ausgeschaltet. Die Verantwortung für die Einheit Deutschlands blieb jedoch für die vier Siegermächte unangetastet. Dies war im Hinblick auf die Sicherheit und Lebensfähigkeit Berlins von entscheidender Bedeutung.

Nach einer festen Verankerung der Politik der Bundesrepublik Deutschland im Westen, zu der auch die Aufnahme in die NATO gehörte, unternahm Adenauer bei seinem Besuch in Moskau im September 1955 nicht nur entschiedene Anstrengungen, die deutschen Kriegsgefangenen, die noch immer in russischen Lagern festgehalten wurden, zurück in die Freiheit nach Deutschland zu bringen, sondern er unternahm auch erste Schritte in Richtung einer Lockerung des Verhältnisses zur Sowjetunion und zu im Sowjetbereich liegenden Staaten wie zum Beispiel Polen und Ungarn. Aber es war ihm klar, dass sehr viel Geduld und ein langer Atem dazu gehören würden, Fortschritte in dieser Richtung zu erzielen (Ungarn-Aufstand 1956, ebenfalls Spannungen in Polen). Diese Politik wurde unter der Kanzlerschaft von Willy Brandt mit den Ostverträgen konsequent weitergeführt und ließ schließlich unter der Kanzler-

schaft von Helmut Kohl 1989/90 die Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit Wirklichkeit werden.

Adenauer gab die Hoffnung auf die Realisierung dieses Zieles nie auf. Er studierte genau die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in der Sowjetunion und war überzeugt davon, dass der Augenblick kommen würde, in dem die jeweiligen Machthaber im Kreml erkennen würden, dass vom Westen keine Gefahr drohe. Adenauer hoffte auf politische Zugeständnisse von Seiten Moskaus im Gegenzug von wirtschaftlicher Unterstützung der Sowjetunion durch den Westen. Adenauer war überzeugt davon, dass die Sowjetunion überfordert war durch die folgenden drei Aufgaben: 1. Wettrüsten mit dem Westen, 2. Hebung des Lebensstandards der Bevölkerung der Sowjetunion, 3. Sicherung der endlos langen Grenze zu China hin.

Adenauer hat wiederholt auf das Vorbild der Polen für uns Deutsche hingewiesen, die etwa 100 Jahre beharrlich auf ihre Wiedervereinigung bestanden haben. Adenauer wußte, dass auch wir Deutschen einen langen Atem brauchen würden.

Friedensbereitschaft und der entschlossene Wille, dem Machtstreben der Sowjetunion Widerstand entgegenzusetzen, gehörten nach Auffassung Adenauers zusammen. Sie bildeten die Kernsubstanz der „Politik der Stärke“, wie er sie verstand. Diese Politik war getragen von der Grundeinstellung, dass Völker, die Gewalt vor Recht stellten, den Frieden zwar in erster Linie gefährdeten, dass aber schwache, unsichere, in ihrer Politik schwankende Völker den Frieden kaum weniger in Frage stellten, „weil sie die Gewalttätigen zur Ausübung der Gewalt anreizen und durch ihre Schwäche ein ständiges Element der Unsicherheit bilden“, so hörte ich von Konrad Adenauer in einer seiner Reden. Geschlossenheit und Stärke des Westens waren für Adenauer Voraussetzungen für die Erhaltung des Friedens und für Entspannung und damit auch für die Wiedervereinigung Deutschlands, denn mit einem schwachen Gegner würde sich die Sowjetunion nach seiner Überzeugung gar nicht erst auf Verhandlungen einlassen, und auch nicht, solange sie die Hoffnung haben konnte, den Westen spalten zu können. Die kommunistische These vom Zerfall des westlichen kapitalistischen Systems musste, so forderte Adenauer, durch die Realität ad absurdum geführt werden.

Konrad Adenauer vertrat immer wieder die Auffassung, dass der Westen eine gemeinsame Haltung einnehmen sollte dahingehend, sich zu einem von der Sowjetunion dringend gewünschten Entgegenkommen auf wirtschaftlichem Gebiet, sei es durch Gewährung langfristiger Kredite, sei es durch wirtschaftliche Kooperation, nur gegen politische Konzessionen der Sowjetunion bereitzufinden. Doch dies hatte, das betonte er wieder und wieder, eine geschlossene Haltung der Westmächte zur Voraussetzung.

Es ist auf die Widersprüchlichkeit der Deutschlandpolitik Adenauers, auf die in ihr enthaltenen Antinomien vielfach hingewiesen und immer wieder die Frage diskutiert worden, ob seine Forderung nach Wiedervereinigung wirklich ernst gemeint war. Widersprüche in seiner Deutschlandpolitik kann man in der Tat nicht fortdiskutieren. Doch den Willen Adenauers, trotz aller Widersprüche und Spannungen in der von ihm verfolgten Politik, die Wiedervereinigung zu erreichen, auch nicht. Und auch nicht, dass das Kalkül Adenauers durchaus den gewünschten Erfolg bringen werde. Wichtig war für ihn, Entwicklungsmöglichkeiten für die gewünschte Zielrichtung zu öffnen und offenzuhalten. Und dies schien ihm nur möglich in

Verbindung mit einer auf die Vereinigung Europas und auf die Einheit des Westens ausgerichteten Politik.

Adenauer hielt während seiner Regierungszeit unbeirrbar an dem Grundsatz und an der Überzeugung fest, dass eine Wiedervereinigung Deutschlands in Einklang mit der Formel „in Frieden und Freiheit“ nur auf dem Weg über ein vereinigtes Europa gelingen würde. Auch wäre auf diesem Wege, so die Auffassung Adenauers, eine Neutralisierung der Furcht vor dem zahlenmäßig und damit auch wirtschaftlich übermächtigen Deutschland möglich. Die Richtigkeit seiner Politik wurde durch die Wirklichkeit, wie Sie ja alle erfahren haben, bestätigt. Doch betonen möchte ich, dass ohne die Tapferkeit und den Mut der ostdeutschen Bevölkerung dieses Ziel nicht hätte erreicht werden können.

Man warf Adenauer oft vor, er sehe die politischen Verhältnisse zu einfach, er simplifiziere die komplexen und komplizierten politischen Gegebenheiten. Man bezeichne ihn gern als den „großen Vereinfacher der Politik“, wurde ihm aus Anlass seines 90. Geburtstages gesagt, und man stellte die Frage: „Halten Sie diese Charakterisierung für lobend oder für abwertend?“ Adenauer gab zur Antwort, er halte das für ein großes Lob, „... denn in der Tat, man muss die Dinge so tief sehen, dass sie einfach sind. Wenn man nur an der Oberfläche der Dinge bleibt, sind sie nicht einfach; aber wenn man in die Tiefe sieht, dann sieht man das Wirkliche, und das ist immer einfach.“

Was die Frage nach seinem Verhältnis zu Ostdeutschland betrifft, möchte ich auf die Äußerung Adenauers in einem Interview mit dem Journalisten Ernst Friedlaender hinweisen, veröffentlicht im Bulletin des Bundespresseamtes, Bulletin Nr. 47/52 vom 26.4.1952, S. 487:

„... so viel kann ich mit aller Bestimmtheit sagen: Ein freies Gesamtdeutschland mit der SPD als stärkster Partei wäre mir jederzeit weit lieber als eine von der Sowjetzone getrennte Bundesrepublik mit der CDU als stärkste Partei. Hier steht wirklich das Vaterland über der Partei, und hier beginnt der Staatsmann jenseits der Partei. Er beginnt erst recht jenseits der Konfession. Ich wäre außerdem ein schlechter Christ, wenn ich es vorzöge, die Deutschen in der Sowjetzone wegen ihres mehrheitlich evangelischen Glaubens der Sklaverei zu überlassen.“